



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 30. Juli 2013

68. Jahrgang/Nr. 175 • Bundesausgabe 1,60 €, Auslandspreis 1,90 €

STANDPUNKT

Große Schuhe

Von Wolfgang Hübner

Ein reichliches Jahr vor der nächsten Landtagswahl in Brandenburg zieht Matthias Platzeck die Notbremse. Der Ministerpräsident – einer der dienstältesten – gibt wegen seiner angeschlagenen Gesundheit demnächst seine politischen Ämter auf. Brandenburg verliert eine Leitfigur, wie sie nach Stolpe, Hildebrandt und Platzeck selbst nur schwerlich wieder zu finden sein wird. Das dürfte – neben den medizinischen Warnsignalen – ein Grund für den drastischen Schritt sein: Ein Nachfolger hat nun noch Zeit, sich bis zur nächsten Wahl zu profilieren. Was schwer genug wird, denn der persönlich und politisch populäre Platzeck, für die Brandenburger SPD ein Machtgarant, hinterlässt enorm große Schuhe.

Und das nicht nur in der Landespolitik. Mit Platzeck verliert die Bundes-SPD ihren prominentesten ostdeutschen Politiker. Kein Linker, aber ein Pragmatiker, der Links zumindest nicht ausschließt. Die Neuen an der Spitze der Brandenburger SPD müssen vieles leisten – nicht zuletzt müssen sie einen Landesverband managen, der seit 20 Jahren dank seiner Führungsfiguren erfolgsverwöhnt ist und in deren Schatten kaum je ernsthafte Richtungsdebatten aufgeflammt sind.

Dass die SPD sich für die Nachfolge in der Staatskanzlei offenbar auf Innenminister Woidke geeinigt hat und nicht auf den Agenda-Mann Steinmeier, könnte ein Zeichen für Interesse an der Fortsetzung der rot-roten Landesregierung sein. Zumindest vorerst. Bis zur Bundestagswahl kann die gebeutelte SPD jedenfalls keine weitere Problemzone gebrauchen.

Unten links

Die **Dopingbeichte** des einstigen Radprofis Erik Zabel hat Folgen: Jetzt will die ARD, die seinerzeit an den Tour-Übertragungen nicht schlecht verdient hat, juristisch überprüfen, ob sie von dem Epo-Sprinter Sponsorengelder zurückverlangen kann. Denn Zabel ist ja nicht sauber dem Ziel entgegen gerast. Da hätten wir als Gebührenzahler ein paar Fragen. Schließlich sponsorn auch wir ARD und ZDF jeden Monat mit einer gewissen Summe, und das – anders als die ARD im Falle Zabel – nicht einmal freiwillig. Wir würden also schon gerne wissen, ob alles, was mit unserem Geld produziert und gesendet wird, ohne Einfluss von Stimulanzien entstanden ist. Interessieren würde uns beispielsweise, welche Substanzen den Mitwirkenden bei »Wetten dass...?«, dem ZDF-Fernsehgarten oder dem Sommerfest der Volksmusik verabreicht werden. Und ob TV-Liebliche wie Ulrich Deppendorf oder Peter Hahne für ihre drolligen Auftritte tatsächlich keine Nahrungsergänzungsmittel brauchen. *wh*

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise
Tschechien 67/77 CZK ISSN 0323-3375



Platzeck geht

Brandenburgs Ministerpräsident und SPD-Chef gibt Ämter auf



Berlin (nd). Der angekündigte Rückzug von Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck bringt das politische Ämterkarussell in Potsdam in Schwung. Platzeck hat am Montag erklärt, aus gesundheitlichen Gründen als Regierungschef sowie als SPD-Landesvorsitzender zurückzutreten. Erst vor wenigen Wochen hatte er einen Schlaganfall erlitten.

Nachfolger als Ministerpräsident soll laut Informationen aus der SPD Innenminister Dietmar Woidke werden, dem wiederum Fraktionschef Ralf Holzschuher folgen soll. Dessen Amt soll Brandenburgs SPD-Generalsekretär

Klaus Ness übernehmen. Platzeck, seit 2002 als Nachfolger von Manfred Stolpe im Amt, war wegen gesundheitlicher Probleme schon 2006 vom SPD-Bundesvorsitz zurückgetreten. Er regierte in Brandenburg zunächst mit der CDU, seit 2009 mit der Linkspartei. Das Potsdamer Kabinett ist mittlerweile die einzige rote Landesregierung; die nächste Landtagswahl in Brandenburg steht im Herbst 2014 an. Linksfraktionschef Christian Goerke erinnerte daran, dass Platzeck vor vier Jahren Rot-Rot »gegen viele Widerstände« durchgesetzt hatte. Brandenburgs Linkspartei selbst

hat in der laufenden Wahlperiode ebenfalls ihr Führungspersonal ausgewechselt und Fraktions- sowie Parteivorsitz neu besetzt.

Erwartet wird, dass Platzeck, der noch bis zum 28. August als Ministerpräsident amtiert, auch den Vorsitz des Aufsichtsrats bei der Flughafengesellschaft Berlin Brandenburg abgibt, den er Anfang 2013 von Berlins Regierendem Bürgermeister Klaus Wowereit übernahm. An das Gelingen des skandalträchtigen Großprojekts hatte Platzeck sein politisches Schicksal gebunden. *Seiten 2 und 3*

Foto: dpa/Ralf Hirschberger

Kaum Interesse an Herdprämie

Nur wenige Eltern haben bisher einen Antrag auf die Leistung gestellt

Von Aert van Riel

Obwohl das Betreuungsgeld bisher bei den Bürgern kaum Anklang findet, wird die Leistung von der CSU weiter vehement verteidigt. Die Opposition sieht sich dagegen in ihrer Kritik bestätigt.

Das von der schwarz-gelben Bundesregierung durchgedrückte Betreuungsgeld stößt in weiten Teilen der Bevölkerung auf wenig Interesse. Eine Umfrage des »Spiegel« hatte ergeben, dass in Bayern 500 (inzwischen 562) Familien die Leistung beantragt haben. In Thüringen wurde kein einziger Antrag gestellt, in Mecklenburg-Vorpommern 44. Auch in Rheinland-Pfalz ist der Ansturm auf das Betreuungsgeld ausgeblieben. Ab Donnerstag können Eltern, die ihre unter dreijährigen Kinder nicht in eine Kita

geben, monatlich zunächst 100 Euro, später 150 Euro erhalten.

Das Bundesfamilienministerium reagierte zurückhaltend auf die Zahlen. Eine Prognose zum Interesse am Betreuungsgeld wolle man nicht abgeben, teilte ein Sprecher mit. Man habe »alle Vorbereitungen getroffen und alle Informationen bereitgestellt«. Für die Ausführungen seien nun die Länder im Auftrag des Bundes zuständig.

Die CSU, die sich vehement für das als »Herdprämie« verspottete Betreuungsgeld eingesetzt hatte, ging hingegen in die Offensive. Bayerns Konservative sehen in manchen Landesregierungen Saboteure am Werk. Sie meinen, dass ein Grund für die geringe Zahl von Anträgen darin liegt, dass in den von der SPD geführten zuständigen Ministerien nicht für das Betreuungsgeld geworben wird. Aller-

dings liegen auch die Zahlen im schwarz-gelb regierten Bayern noch weit unter den Erwartungen. Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) erwartet einen »großen Antragsschwall« im Herbst. Weil das für ab dem 1. August 2012 geborene Kinder gedachte Geld nach dem Elterngeld gezahlt werde und viele Eltern insgesamt 14 Monate Elterngeld erhalten, gebe es Betreuungsgeld »im Regelfall« erst ab dem fünfzehnten Lebensmonat und damit ab Oktober, so Haderthauer.

Aus Sicht der Oppositionsparteien geht das Betreuungsgeld an den Interessen der Familien vorbei. Sie fordern mehr Investitionen in Kinderbetreuung, damit Frauen nicht von der Erwerbstätigkeit abgehalten werden. Die SPD will bei einem Wahlsieg das Betreuungsgeld abschaffen. Bis 2017 sollen

200 000 zusätzliche Kita-Plätze durch die Investition von zwei Milliarden Euro geschaffen werden, die derzeit für das Betreuungsgeld eingeplant sind. Langfristig sollten Kitas gebührenfrei finanziert werden, sagte Mecklenburg-Vorpommerns Sozialministerin Manuela Schwesig (SPD). Am Donnerstag tritt auch der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz in Kraft. Allerdings wird erwartet, dass dieser nicht voll erfüllt werden kann.

Auch die LINKE will das Betreuungsgeld abschaffen. Das bekräftigte Parteichefin Katja Kipping. Stattdessen forderte sie neben dem Kita-Ausbau auch eine deutliche Anhebung des Kindergelds. Zudem strebt die Partei ein Sonderprogramm zur Stärkung der Angebote für Jugendliche an. *Kommentar Seite 4*

Lörrach in Baden wirkt interkulturell – doch auch nach 1945 hatten Nazis noch lange das Sagen



EADS saht bei jeder Drohne ab

Untersuchungsausschuss befragte Industrieführer

Berlin (nd-Heilig). Das US-Luftfahrt- und Rüstungsunternehmen Northrop Grumman forderte das Verteidigungsministerium erneut zu mehr Zusammenarbeit auf, um das Drohnenprojekt »Euro Hawk« zu retten. Der Konzern stehe »weiter voll hinter dem Programm«, sagte Vizepräsident Janis Pamiljans am gestrigen Montag vor dem Untersuchungsausschuss des Bundestags. Zugleich widersprach er der Schätzung des Ministeriums, dass eine Zulassung der Aufklärungsdrohne im deutschen Luftraum bis zu 600 Millionen Euro zusätzlich kosten würde. Northrop Grumman gehe von einer Summe zwischen 160 und 193 Millionen Euro aus. Eine Garantie dafür wollte Pamiljans jedoch nicht abgeben.

Das Verteidigungsministerium hatte die geplante Beschaffung von vier Serienmaschinen Anfang Mai wegen der geschätzten Mehrkosten für die Zulassung gestoppt, nachdem bereits 668 Millionen Euro verpulvert waren.

Northrop Grumman ist mit der EADS-Tochter Cassidian in der Euro Hawk GmbH zu gleichen Teilen verbunden. Der US-Konzern baut den Flugroboter, EADS integriert Aufklärungstechnik. Möglicherweise sind für den Ausstieg nicht nur Kostengründe ausschlaggebend. Selbst EADS-Cassidian ist nach Aussage von Firmenchef Bernhard Gewert erst Mitte 2012 klar geworden, dass die US-Verschlüsselungssoftware, die zur Steuerung wie zur Übertragung der Aufklärungsergebnisse genutzt wird, auf Dauer fremdes »Mitlesen« ermöglicht. Das Programm hat der US-Nachrichtendienst NSA, der wegen seiner globalen Schnüffelei unter Kritik steht, geliefert.

Bei der gestrigen Fragerunde kam der Verdacht auf, dass EADS zweigleisig fährt. Schon bevor das Euro-Hawk-Projekt offiziell gekippt wurde, präsentierte man eine Plattform für die eigene Aufklärungstechnik. Die Drohne FEMALE wird nun in dem vertraulichen Bericht des Beschaffungsamtes der Bundeswehr als Alternative angepriesen.

Am Mittwoch ist Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) als Zeuge geladen. *Seiten 4 und 5*

KURZ

Irak: 62 Tote bei Anschlägen

Bagdad (dpa). Bei einer Serie von Bombenanschlägen sind am Montag in Irak mindestens 62 Menschen getötet worden. Insgesamt 14 Autobomben explodierten in hauptsächlich von Schiiten bewohnten Gebieten der Hauptstadt Bagdad und im Süden Iraks. 200 Menschen erlitten Verletzungen.

Denkmal für Chávez

Managua (dpa). In der nicaraguanischen Hauptstadt Managua ist ein Denkmal zu Ehren des früheren venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez eingeweiht worden. »Die Erinnerung an Comandante Hugo Chávez verpflichtet uns zu dienen, den Frieden zu sichern und für das Glück unseres Volkes zu kämpfen«, sagte Nicaraguas First Lady und Regierungssprecherin Rosario Murillo.

Kirchen fordern Rückgabe

Prag (dpa). Die Glaubensgemeinschaften in Tschechien haben die Rückgabe von mehr als 10 000 Grundstücken beantragt, die im Sozialismus verstaatlicht worden waren. Ein im November 2012 verabschiedetes Gesetz sieht die Entschädigung von 16 Kirchen und Glaubensgemeinschaften für Unrecht vor.

Teures Obst und Gemüse

Nürnberg (dpa). Bei Obst und Gemüse haben die Deutschen einer Studie zufolge im ersten Halbjahr 2013 Preiserhöhungen hinnehmen müssen. Die Ausgaben der Haushalte für diese Lebensmittel stiegen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 6,4 Prozent an.